

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 31. März 2023

Solidarität mit den Beschäftigten des UKGM – StVV nun mit neuer Geschäftsordnung (GO) – Klimaschutz und “Letzte Generation” – Ehrung des Antifaschisten Heinz Dux beschlossen – Sicherheitspolitische Anträge

Krankheitsbedingt war die Marburger Linke nur in kleiner Runde an diesem regnerisch-stürmischen Freitag in der Evangeliumshalle in Wehrda vertreten, wo die Stadtverordnetenversammlung im “Corona-Asyl” zum letzten Mal tagte.

Gleichzeitig fand an diesem Freitag die Demonstration der Beschäftigten des Universitätsklinikums Gießen-Marburg für den Tarifvertrag Entlastung statt. Um die 3.000 Teilnehmenden zogen dabei - vom Wetter unbeirrt - vom Marburger Hauptbahnhof durch die Stadt bis zum Marktplatz, um sich für verbesserte Arbeitsbedingungen der Beschäftigten einzusetzen. Für die Marburger Linke war auch der Stadtverordnete Jan Schalauske dabei, welcher anschließend selbstverständlich am Stadtparlament teilnahm.

In einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen der StVV, des Vertreters der Piratenpartei und des Stadtverordneten Göttling erklärte das Stadtparlament seine Unterstützung und seine Solidarität mit den Beschäftigten des UKGM für einen Entlastungs-Tarifvertrag.



Solidaritätsfoto mit Vertreter*innen der Fraktionen.
Miguel Sanchez zeigt den Antrag, der von der
Marburger Linken initiiert wurde.
Foto: Lena Frewer

Wahl und Wiederwahl der Stadträtin Dinnebier

Direkt nach der Fragestunde, allerdings ohne Aussprache, fand in offener Abstimmung die Wahl statt, ob auf Vorschlag der Koalition Stadträtin Dinnebier im Mai für die nächste reguläre Amtszeit ab Oktober gewählt werden sollte. Dies wurde entgegen den Stimmen der Marburger Linken und der CDU/FDP/BfM-Fraktion mehrheitlich angenommen. Über die Person Dinnebiers als Kandidatin wurde in geheimer Wahl abgestimmt. Der Vorgang war von einem kleinen Fauxpas gebeutelt. Wegen eines Formfehlers musste zweimal abgestimmt werden. Die Marburger Linke vermisste eine öffentliche Ausschreibung der Stelle und konnte daher dem Antrag nicht zustimmen.

Aussprachen: GO-Änderung, CDU versucht, Aktionen des zivilen Ungehorsams der Klimaschützer zu skandalisieren, Sicherheitspolitik mit LISA und Heimweg-Telefon

Neue Geschäftsordnung der StVV mit zum Teil restriktiven Regelungen

Für die Marburger Linke fasste Renate Bastian die positiven Aspekte, vor allem aber die Nachteile der neuen Geschäftsordnung zusammen. Positiv hervorzuheben sei, dass das Rederecht des Magistrats und damit auch des Oberbürgermeisters ins Verhältnis zum Rederecht der Fraktionen gesetzt wurde. Wenn der Magistrat “überzieht”, enthalten die Fraktionen - allerdings erst auf Antrag - entsprechende zusätzliche Redezeit. Das kann mäßigend wirken, gestaltet den Austausch von Argumenten demokratischer und weniger hierarchisch als vorher. Weiterhin hieß sie die Möglichkeit willkommen, Expert*innen und Betroffene in Ausschusssitzungen einzuladen.

Dabei sei hier jedoch die Frage offengelassen, in welchem Umfang und mit welchen Rechten das möglich sei. Kritisch anzumerken sei die schulmeisterliche Art der neuen Geschäftsordnung, die einen Strafkatalog für säumige Stadtverordnete enthält.

Grundsätzlich sei der Umgang mit fraktionslosen Stadtverordneten zu kritisieren, die in den Fachausschüssen kein Rederecht haben. Damit laufe man Gefahr, dass einzelne Abgeordnete mit verminderten Rechten hätten. Dass sich die Koalition vor allem an restriktiveren Geschäftsordnungen anderer Städte orientiert habe, wurde von Seiten der SPD und der Grünen mit der vermeintlich größeren Rechtssicherheit in Bezug auf die Hessische Gemeindeordnung (HGO) erklärt. Dagegen steht, dass die GOs von Frankfurt oder Bad Homburg fraktionslosen Stadtverordneten eine beratende Stimme in den Ausschüssen zubilligen. Gegen das Votum der Marburger Linken und des Piraten wurde die neue, nach Renate Bastian „ängstliche“, Geschäftsordnung mehrheitlich (SPD, Grüne, Klimaliste, CDU/FDP/BfM-Fraktion) angenommen und gilt ab Juni 2023.

CDU/FDP/BfM scheitert mit Rüge des OB Spies wegen Gesprächen mit Klimaschützern

Wie bereits aus der Vergangenheit gegenüber Protesten des zivilen Ungehorsams bekannt, versuchte die CDU, diesmal im Fraktionsverbund mit FDP und BfM, die „Klebe-Aktionen“ der „Letzten Generation“ in einer angespannten Debatte zu kriminalisieren. Renate Bastian wies das für die Fraktion Marburger Linke entschieden zurück. Sie bezog sich auf die politische Philosophin Hannah Arendt, die ein Recht auf zivilen Ungehorsam begründet hat und nahm dieses Recht auch für die Aktionen der „Letzten Generation“ in Anspruch. Die gewaltfrei ausgedrückten Nöte und Weckrufe für einen energischeren Klimaschutz müssten ernst genommen werden, gerade vor dem Hintergrund des Klimanotstands einerseits, aber auch der Einschränkungen des neuen, von der schwarz-grünen Landesregierung erlassenen Einschränkungen des Demonstrationsrechtes andererseits. Nach einer ausführlichen Erklärung des Oberbürgermeisters waren Fragen der CDU/FDP/BfM offenbar erledigt, eine beabsichtigte Rüge des OB wegen seiner Gesprächsbereitschaft vom Tisch und der Antrag der Koalition aus SPD, Grünen und Klimaliste Marburg „Klimaschutz gemeinsam voranzubringen“ wurde mit Zustimmung der Marburger Linken mehrheitlich beschlossen.

Angsträume abbauen

Ein weiteres Thema des Abends stellten **sicherheitspolitische Überlegungen** dar. Es gibt in Marburg Wege, auf denen man sich besonders in der Dunkelheit nicht wohl fühlt. Dies gilt vielen auch für den Ortenberg-Steg. Die CDU/FDP/BfM-Fraktion reichte einen Antrag ein, der hauptsächlich durch Videoüberwachung und Polizeipräsenz abhelfen wollte. Ein Prüfantrag der Koalition ergänzte die so wichtige Einbeziehung von Sozialarbeiter*innen. Bei Zustimmung der Marburger Linken insgesamt mehrheitlich angenommen.

Ohne Aussprache beschlossen: Ehrung des Antifaschisten Heinz Düx, Wahl und Wiederwahl der Stadträtin Dinnebier, „Cradle to cradle“ (Wiederverwertung von Produktionsstoffen), Marburgs Anbindung auf der Schiene, Bebauung Molkereistraße und soziale Wohnraumquote

- Antrag der Marburger Linken auf [Ehrung Heinz Düx](#): einstimmig angenommen;
- Soziale-Wohnraum-Quote bei Gegenstimme der AfD mehrheitlich angenommen, die [„ungehaltene“ Rede Jan Schalauskes](#) dazu;
- „Marburg im Schienenpersonennahverkehr nicht abhängen!“: einstimmig beschlossen;
- Bauleitplanung Molkereistraße: gegen die Stimmen der Marburger Linken mehrheitlich beschlossen;
- „Cradle to cradle“ nachhaltig gestalten, regional fördern mehrheitlich beschlossen;
- Ausbau E-Ladesäulen: einstimmig angenommen.
- Verzicht auf Pachtanpassung des Fischerei Vereins: in geänderter Fassung einstimmig angenommen;
- Beitritt zur Initiative „klischee-frei“ beraten, Geschlechterstereotype in Bezug auf Jobs aufweichen: mit den Stimmen der Marburger Linken, SPD, Grünen, Klimaliste und dem Piraten mehrheitlich beschlossen;
- Beitritt der Stadtwerke Marburg zum Institut für Transformationsaufgaben in der Energiewirtschaft und Energietechnik e.V.: bei Gegenstimme des Piraten mehrheitlich beschlossen.